

Redaktor Bruno Frey im Gespräch mit Oberst und Nationalrat Caspar Baader

Autor(en): **Baader, Caspar / Frey, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **167 (2001)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-67369>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

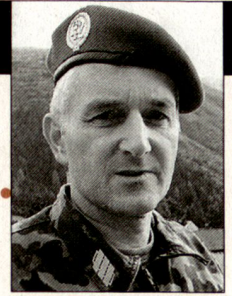
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

... Oberst und Nationalrat

Caspar Baader



Ihre Partei liess in der Vernehmlassung praktisch keinen guten Faden am Armeeleitbild. Welches sind Ihre persönlichen Hauptkritikpunkte?

Ich bin davon überzeugt, dass wir auch in Zukunft eine moderne und leistungsfähige Armee brauchen, um die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten. Die Armee 95 vermag diesen Anforderungen nicht mehr zu genügen. Daher stehe ich grundsätzlich zu einer Armeereform.

Hingegen gehört das Kerngeschäft «Landesverteidigung» auch bei der neuen Armee ins Zentrum. Ihr Hauptauftrag muss die möglichst autonome Verteidigung unseres Landes bleiben. Dementsprechend sind auch Grösse, Struktur und Ausrüstung der Armee sowie die Verteidigungsstrategie in erster Linie auf diesen schwierigsten Fall zu konzentrieren. Das Armeeleitbild baut für die Landesverteidigung zu einseitig auf internationale Kooperation.

Auch die neue Armee hat dem verfassungsrechtlich verankerten Milizprinzip treu zu bleiben. Daher ist die Konzeption der Zweiklassenarmee aufzugeben, wonach als Bereitschaftstruppen für subsidiäre Einsätze nur Berufs- und Zeitmilitär sowie junge unerfahrene Durchdiener eingesetzt werden, während die Miliz künftig lediglich noch den weniger wahrscheinlichen Verteidigungsfall trainieren soll.

Die A XXI muss aus Rücksicht auf die Miliz auf Durchdiener verzichten. Als Durchdiener nach dem Muster vieler NATO-Staaten scheidet künftig jeder fünfte Soldat nach knapp 300 Diensttagen am Stück aus dem aktiven Militärdienst aus und wird anschliessend noch der Reserve zugeteilt. Der Durchdiener und seine spätere Familie haben keine Beziehung mehr zur Armee. Damit kann die Armee auch nicht mehr von der Berufserfahrung und Sozialkompetenz der jungen Wehrmänner profitieren.

Sie gelten als überzeugter Verfechter des Milizgedankens. In unserem Land arbeiten die meisten Angehörigen der Armee in KMU. Wie definieren Sie in diesem Zusammenhang die Vereinbarkeit zwischen den Begehrlichkeiten der Wirtschaft und der Armee?

Das Milizprinzip sichert den Rückhalt der Armee in der Bevölkerung und in der Wirtschaft. Es ist der beste Garant gegen eigenmächtige Aktivitäten des Militärs über den Zweck der Landesverteidigung hinaus.

Als Selbstständigerwerbender weiss ich, dass die KMU die Hauptlast unserer Armee tragen und dass es nicht immer einfach ist, Mitarbeiter für Dienstleistungen freizustellen. Andererseits muss sich auch die Wirtschaft bewusst sein, dass die von ihr in diesem Lande geschätzte Sicherheit und Stabilität nicht zum Nulltarif zu haben ist. Die Wirtschaft wird deshalb mit dem Zielkonflikt zwischen der maximalen Verfügbarkeit ihrer Leute und der Sicherheit des Landes leben müssen. Mit der in der A XXI vorgesehenen Reduktion des Dienstpflichtalters für Soldaten von heute 42 auf 30 Jahre ist der Bundesrat den Anliegen der Wirtschaft ein gutes Stück entgegengekommen.

In der Vergangenheit konnten militärische Reformvorhaben im Parlament dank eines im Grundsatz übereinstimmenden Bürgerblocks durchgesetzt werden. Gegenwärtig ist aber keine Spur einer entsprechenden Einigkeit feststellbar. Werden sich die bürgerlichen Parteien zusammenraufen können, um der A XXI überhaupt den Start zu ermöglichen?

Das wird davon abhängen, ob das VBS bereit ist, bei der Überarbeitung des Leitbildes der A XXI und der Militärgesetzesrevision den in den Vernehmlassungsworten der SVP und FDP gerügten Punkten Rechnung zu tragen, d. h. insbesondere den Hauptauftrag der Landesverteidigung ins Zentrum zu rücken, die Abhängigkeit von der internationalen Kooperation zu reduzieren sowie auf die Zweiklassenarmee und die Durchdiener zu verzichten.

Der Zeitplan für die A XXI sieht nach wie vor einen Start für 2003 vor. Beurteilen Sie diese Vorstellung als realistisch, und wo orten Sie allfällige Hindernisse?

Es wäre bedenklich, wenn bereits per Januar 2003 mit der Umsetzung der A XXI begonnen würde, bevor die politischen Gremien und das Volk definitiv entschieden haben. Der Bundesrat beabsichtigt nämlich, das Leitbild für die A XXI sowie die Botschaft zur Gesetzesrevision bis Ende Oktober 2001 zu verabschieden und vor der Wintersession 2001 ans Parlament zu überweisen. Damit könnten die Räte die Vorlagen in der Frühlings- und Sommersession 2002 behandeln und allfällige Differenzen in der Herbstsession 2002 bereinigen. Im Falle eines Referendums würde die Volksabstimmung frühestens im März,

Auszug aus dem Lebenslauf

- Jahrgang 1953
- Verheiratet, 3 Söhne
- Wohnhaft in Gelterkinden
- Rechtsanwalt und dipl. Ing.-Agr. ETH
- Eigenes Advokaturbüro
- Nationalrat SVP BL
- Kdt Festungsregiment 2
- Mitglied der OG Baselland

allenfalls im Juni 2003 stattfinden. Deshalb kann ein Start für die A XXI erst per Januar 2004 erfolgen.

Die heutige Armee bringt es nicht mehr fertig, die nötige Anzahl Kader zur Weiterausbildung motivieren zu können. Was muss jetzt unternommen werden, um dieses Problem für die neue Armee zu lösen?

Die Motivation junger Kader für die Weiterausbildung ist in erster Linie Chefsache und damit vor allem abhängig von der Begeisterungsfähigkeit von uns Kommandanten. In meinem Regiment sind praktisch alle Stabs- und Kommandantenfunktionen besetzt. Sicher wird die in der A XXI vorgesehene Trennung von Ausbildungs- und Funktionsjahren zu einer Reduktion der Anzahl jährlicher Dienstage führen und damit die Bereitschaft für eine Weiterausbildung wieder steigern. Entscheidend ist aber, dass die Kaderausbildung interessant und effizient ist.

Das Abstimmungsresultat am 10. Juni zu Ausbildungs- und Bewaffnungsfragen bei Auslandeinsätzen fiel äusserst knapp aus. Wie sollten Ihrer Meinung nach die Auslandeinsätze unserer Armee dimensioniert werden?

Die Auslandeinsätze sollen auch in Zukunft nur im bisherigen restriktiven Rahmen erfolgen. Das Stimmvolk hat zwar am 10. Juni 2001 «Ja zur Bewaffnung zum Selbstschutz» gesagt, nicht aber «Ja» zu Kampftruppen. Daher ist darauf zu verzichten, dass Schweizer Truppen, die an friedensunterstützenden Operationen teilnehmen, auch fähig sein müssen, die Verantwortung für einen eigenen Einsatzraum zu übernehmen, wie dies im Armeeleitbild noch gefordert wird. Für einen solchen Auftrag genügt nämlich eine Bewaffnung zum Selbstschutz nicht. Dazu sind Panzer und Helikopter nötig, um bei Unruhen im Einsatzraum mit beschränkten Angriffsaktionen wieder Ruhe und Ordnung herstellen zu können. ■